

<p style="text-align: center;"><u>Europäischer Flüchtlingsfonds</u> <u>Einjähriges Programm 2013</u></p>
--

MITGLIEDSTAAT:	Bundesrepublik Deutschland
FONDS:	<i>Europäischer Flüchtlingsfonds</i>
ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE:	<i>Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</i> <i>Frankenstraße 210</i> <i>90461 Nürnberg</i>
ANSPRECHPARTNER:	RD'in Romy Bartels
FUNKTION:	Leiterin der Zuständigen Behörde
ABGEDECKTES JAHR:	2013

1. Allgemeine Vorschriften für die Auswahl der im Rahmen des Programms zu finanzierenden Projekte

1.1. Allgemeines

Folgende europarechtlichen und nationalen Bestimmungen kommen bei der Projektauswahl zur Anwendung:

- Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ und zur Aufhebung der Entscheidung 2004/904/EG des Rates
- Entscheidung Nr. 2007/815/EG der Kommission vom 29.11.2007 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufnahme strategischer Leitlinien für den Zeitraum 2008 bis 2013
- Entscheidung Nr. 2008/22/EG der Kommission vom 19.12.2007 mit Durchführungsbestimmungen zur Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds für den Zeitraum 2008 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ in Bezug auf die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Mitgliedstaaten, die Vorschriften für die Verwaltung und finanzielle Abwicklung aus dem Fonds kofinanzierter Projekte und die Förderfähigkeit der Ausgaben im Rahmen solcher Projekte in der Fassung vom 3.3.2011 (Beschluss

Nr. 2011/152/EU der Kommission)

- Förderrichtlinie des Bundesministeriums des Innern vom 29. Juni 2012 in der aktuellen Fassung zur Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

1.1.1. Der Finanzrahmen des Europäischen Flüchtlingsfonds beträgt für die Bundesrepublik Deutschland für das Förderjahr 2013 inklusive der Pauschale für das angemeldete Resettlement voraussichtlich 14.520.721,00 €. Zur Berechnung der technischen Hilfe muss die Resettlementpauschale von 1.500.000,00 € abgezogen werden. Vom Restbetrag von 13.020.721 € entfallen 4 % zuzüglich 30.000 EURO auf die administrative und technische Unterstützung. Im Rahmen des Resettlement-Programms wurden 1,5 Mio. € für die Aufnahme von 300 Personen gem. Artikel 13 des Basisrechtsaktes beantragt.

Bei den Finanzdaten, die im Rahmen dieses Jahresprogramms bei den einzelnen Maßnahmenbereichen dargestellt werden, handelt es sich um Planungsdaten. Im Förderjahr 2013 wird die Zuständige Behörde selbst als Projektträger gemeinsam mit dem Bundesamt zwei Projekte durchführen. Dies betrifft zunächst das Projekt „Entwicklung eines multimedialen Konzeptes zur Verbesserung der Verfahrensberatung im Asylverfahren“ (siehe Maßnahmenbereich 7). Das Bundesamt wird ferner, gegebenenfalls zugleich mit anderen öffentlichen Stellen, ein Projekt zur Neuansiedlung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Drittstaaten durchführen (siehe Maßnahmenbereich 8).

Beschaffungsverfahren:

Wenn die Zuständige Behörde als Durchführungsstelle handelt, finden bei der Auftragsvergabe Artikel 11 der Durchführungsbestimmungen der Kommission Nr.2008/22/EG und die deutschen Vorschriften in der Verdingungsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) vom 20. November 2009 (Bundesanzeiger Nr. 196a vom 29. Dezember 2009) Anwendung. Die Auftragsvergabe wird grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben, der Auftrag wird im Wettbewerb vergeben. Auf eine öffentliche Ausschreibung kann nur dann verzichtet werden, wenn für die Auftragsvergabe aus besonderen Gründen (z. B. besondere Erfahrungen, Zuverlässigkeit oder bestimmte

Ausführungsarten) nur ein Unternehmen in Betracht kommt. Der Auftrag wird dann im Wege der freihändigen Vergabe vergeben, § 3 Abs.5 Buchstabe I VOL/A.

1.1.2. Der öffentliche Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen wird im Bundesanzeiger (bundesweites Informationsblatt der Bundesregierung u.a. auch für Ausschreibungen) und im Internet veröffentlicht.

Zur Steigerung der Nachhaltigkeit und Effektivität der Projektarbeit werden Projekte bevorzugt gefördert, deren Gesamtprojektkosten mindestens 60.000 Euro betragen. Projekte mit Gesamtprojektkosten von weniger als 20.000 Euro werden in der Regel nicht gefördert.

Die EU-Zuständige Behörde wird in der öffentlichen Ausschreibung 2013 wieder ausdrücklich dafür werben, dass Antragsteller verstärkt von der Möglichkeit Gebrauch machen, Partnerschaften untereinander einzugehen. Die Vernetzung im Rahmen von Partnerschaften wird als sehr wichtig angesehen. Erfahrungen mit erfolgreichen Projekten aus den Vorjahren zeigen, dass sich die gemeinsame Nutzung von Know-how und finanziellen Ressourcen der Landes- oder Kommunalbehörden, der kirchlichen sowie sonstigen Träger der Wohlfahrtspflege und von anderen Nicht-regierungsorganisationen als sinnvoll und effektiv erwiesen hat. Dadurch können Synergieeffekte genutzt werden. Insbesondere für örtlich und regional agierende gemeinnützige Vereine kann es von Nutzen sein, wenn sie Partnerschaften und Kooperationen mit großen, überregionalen, erfahrenen und finanzstarken Projektträgern eingehen. Künftig sollen auch mehr landesweite bzw. länderübergreifende Projektmaßnahmen gefördert werden.

1.2. Auswahlkriterien

Die zur Gewährung einer Zuwendung anzuwendenden Auswahlkriterien sind nachfolgend aufgeführt:

A. Ausschlusskriterien:

Projektanträge sind vom Auswahlverfahren ausgeschlossen,

- wenn sie formelle Anforderungen nicht erfüllen, etwa, weil sie verspätet, nicht formgerecht, wesentlich unvollständig oder ohne Unterschrift einer vertretungsberechtigten Person eingereicht wurden;
- wenn sie inhaltlich offensichtliche Mängel aufweisen, etwa, weil sie offensichtlich

- die Zielgruppe nicht erreichen oder offensichtlich den Förderprioritäten der Europäischen Union und dem Maßnahmenkatalog des nationalen Jahresprogramms nicht entsprechen oder das Projekt mit Gewinnstreben verbunden ist;
- wenn nach den eingereichten Angaben begründete Zweifel bestehen bzw. Hinweise bekannt sind, dass die Gesamtfinanzierung des Projekts nicht gesichert ist.

B. Auswahlkriterien in Bezug auf den Antragsteller:

Bei der Bewertung der Projektvorschläge sind auch die Erfahrung, Sachkunde, Verlässlichkeit sowie die finanziellen, organisatorischen und personellen Kapazitäten des Antragstellers und einer etwaigen Partnerorganisation zu prüfen. Weiterhin sollen Erfahrungen aus bisherigen Projektzusammenarbeiten der EU-Zuständigen Behörde mit den Antragstellern und Erkenntnisse zur Qualität der bisher geleisteten Projektarbeit berücksichtigt werden.

C. Bewertungskriterien in Bezug auf den Projektvorschlag:

- Lage und Bedarf: Zur Einschätzung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Region, in der das Projekt durchgeführt werden soll, wird auch von den Ländern eine Stellungnahme, die bei der Vergabeentscheidung einbezogen wird, eingeholt.
- Relevanz: Der Projektvorschlag muss den Förderschwerpunkten entsprechen, die in diesem nationalen Jahresprogramm unter Berücksichtigung von Lage und Bedarf in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern beschrieben wurden.
- Konzeption: Die geplanten Projektmaßnahmen müssen wirksam und angemessen zur Erreichung der angestrebten Projektziele sein, die Projektbeschreibung muss insofern ein logisches und nachvollziehbares Projektkonzept aufweisen sowie objektive und nachprüfbare Indikatoren für die Zielerreichung beinhalten.
- Nutzen und Nachhaltigkeit: Zu Nutzen und Nachhaltigkeit des Projektes sind der erstrebte Projekterfolg, die Größe der Zielgruppe und die Auswirkungen des Projektes über die Projektdauer hinaus (z.B. eventuelle Multiplikatoreneffekte) zu bewerten.
- Kosteneffektivität: Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz des Projektes sind unter finanziellen Aspekten nach dem Kostenaufwand im Verhältnis zum

Nutzen zu bewerten.

- Projektpartnerschaft: Kooperationen mit anderen Projektträgern können zu Synergieeffekten und gegenseitiger Unterstützung führen und sind daher erwünscht.

Diese Auswahlkriterien werden im Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen bekannt gemacht.

Es ist vorgesehen, die Ausschreibung im 1.Quartal 2013 im Internet zu veröffentlichen. Den Antragstellern wird dabei eine Bewerbungsfrist von 8 Wochen eingeräumt. Die Antragsteller werden aufgefordert, der EU-Zuständigen Behörde neben der papiermäßigen Form ihrer Antragsunterlagen auch eine elektronische Form zur Verfügung zu stellen. Parallel zur Öffnung der papiermäßigen Unterlagen, der Aktenanlage und Datenerfassung wird die elektronische Form dazu benutzt, die beteiligten Stellen zur Stellungnahme aufzufordern. Die Zuwendungsbescheide sollen im 3. Quartal 2013 erstellt und versandt werden.

Bevor die EU-Zuständige Behörde über die Projektanträge entscheidet, geben die fachlich zuständigen Ministerien der Länder und die Fachabteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine Stellungnahme und Bewertung ab. Dies dient auch der Sicherstellung des Komplementaritätsprinzips und der Vermeidung von Doppelförderungen.

Das nationale Fonds-Budget wird nach dem Grundsatz der Lastenverteilung auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Das Bundesamt kann zur Einhaltung der regionalen Ausgewogenheit die gem. § 45 AsylVfG geltende Aufnahmequote für Asylbewerber („Königsteiner Schlüssel“) in den einzelnen Ländern heranziehen. Länderübergreifende oder bundesweite Projekte können von dieser Verteilungsregel ausgenommen werden.

Auf die Einhaltung des Grundsatzes der Lastenverteilung besteht kein Rechtsanspruch. Für jedes Bundesland wird eine eigene Rankingliste erstellt. Die von der EU-Zuständigen Behörde ausgewählten Projekte werden anschließend dem Bundesministerium des Innern zur Genehmigung vorgelegt. Das Bundesministerium des Innern prüft insbesondere, ob die ausgewählten Projekte mit den Grundsätzen und Zielen der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik im Einklang stehen.

Nach Abschluss des Auswahlverfahrens werden die Finanzhilfeentscheidungen in Form von Zuwendungsbescheiden erstellt und den Antragstellern zugestellt. Antragsteller, die keine Berücksichtigung finden konnten, erhalten einen Ablehnungsbe-

scheid unter Angabe der Ablehnungsgründe.

Der Zeitplan für das Auswahlverfahren wird in Zusammenhang mit der Aufforderung zur Abgabe von Anträgen zur Förderung durch den Fonds (Ausschreibung) festgelegt und veröffentlicht.

1.3. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Alle Informations- und Publizitätsaktivitäten über die EFF-Förderung erfolgen vorrangig über das Internet. Hierzu hat die EU-Zuständige Behörde auf der Homepage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge den Link EU-Fonds <http://www.bamf.de> eingerichtet. Hier bietet das Bundesamt Interessenten eine Plattform mit umfangreichen Informationen zur Förderung von Projekten sowie Unterstützung durch Beratung bei der Projektplanung, -beantragung und -durchführung an.

Die Projektträger sind verpflichtet, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen von Projektmaßnahmen darüber zu informieren, dass die Maßnahme aus dem EFF kofinanziert wird. Um die EFF-Förderung transparent darzustellen, haben alle Endbegünstigten die Möglichkeit, ihre Projekte mit Zielsetzungen und Ergebnissen der breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Die EU-Zuständige Behörde trifft eine Auswahl der vorbildlichen Projekte („best practice“) und veröffentlicht diese Projekte mit Textbeiträgen und Bildmaterial im Internet über die Homepage des Bundesamtes.

Während einer Projektlaufzeit eines genehmigten Projekts und wenn die Endbegünstigten Informations- und Publizitätsmaßnahmen an die breite Öffentlichkeit richten, müssen sie folgende Zusatzinformationen verwenden:

- das Emblem der Europäischen Union entsprechend den in Anhang 10 angegebenen grafischen Normen und einen Verweis auf die Europäische Union; 10.1.2008 DE Amtsblatt der Europäischen Union L 7/15,
- einen Verweis auf den Europäischen Flüchtlingsfonds und
- das Emblem des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bundesadler mit Stab in schwarz-rot-gold) mit dem Hinweis: „Gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus Mitteln der Europäischen Union“ mit Angabe des Europäischen Flüchtlingsfonds.

Die EU-Zuständige Behörde wird grundsätzlich in jedem der 16 Länder eine Regionalkonferenz organisieren, in der die Umsetzung des Mehrjahresprogramms und die bisher erzielten Ergebnisse des Jahresprogramms der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Bei geografisch benachbarten Ländern kann eine gemeinsame Regionalkon-

ferenz durchgeführt werden.

Die EU-Zuständige Behörde unterrichtet in ca. 3-monatigen Abständen in ihrem EU-Fonds-Infobrief über den aktuellen Sachstand, Aktivitäten und Projekte des Europäischen Flüchtlingsfonds sowie über aktuelle Entscheidungen des Europäischen Parlaments, des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission. Die Versendung des EU-Fonds-Infobriefes erfolgt in elektronischer Form. Er wird auch unter der Adresse www.bamf.de auf der Internetseite des Bundesamtes eingestellt.

Zudem wird jährlich ein Verzeichnis der Endbegünstigten, der Projektbezeichnungen und der zugewendeten Beträge auf der Webseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge www.bamf.de veröffentlicht.

2. Durch das Programm im Rahmen der gewählten Prioritäten zu fördernde Maßnahmen

Alle aufgeführten Maßnahmen erfüllen die nationalen und europäischen Vorschriften zur Förderfähigkeit.

Sie zielen ausschließlich auf die durch die Rechtsgrundlagen des Europäischen Flüchtlingsfonds vorgegebenen Zielgruppen.

Ebenfalls beziehen sich alle Indikatoren und Zielsetzungen auf die in der Entscheidung des Rates und des Europäischen Parlaments vorgegebenen Zielgruppen.

Es wird insbesondere darauf Wert gelegt, die inhaltliche Schwerpunktsetzung, die von der Europäischen Kommission vorgegeben wird, in den Maßnahmenbereichen umzusetzen.

Die Anforderung der EU-Kommission, verstärkt die Grundstandards für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem in den Fokus zu nehmen, wird von der Bundesrepublik Deutschland bereits in hohem Maße erfüllt. Projekte, die dieser Zielsetzung dienen, werden mit Mitteln aus dem EFF im 1. Maßnahmenbereich sowie auch im 6. Maßnahmenbereich bevorzugt gefördert. So wurden im Jahr 2012 42 % der zur Verfügung stehenden Fördermittel für diese Bereiche eingeplant. Durch die Förderung von entsprechenden Strukturprojekten (seit 2008) wurde in vielen Bundesländern eine flächendeckendere Beratungsstruktur sowie eine verbesserte Erkennung, Betreuung und Behandlung von traumatisierten und anderen besonders schutzbedürftigen Personen bewirkt. Zudem wurde durch entsprechende Schulungs- und Supervisionsprojekte die Qualifikation der Mitarbeiter im Asylbereich, speziell der Einzelentscheider, verbessert.

Neben der Förderung von bewährten Projekten, die der unmittelbaren Flüchtlingshilfe dienen, werden weiterhin Strukturprojekte gefördert, die u.a. die Optimierung des Asylverfahrens sowie die Verbesserung der Beratungs-, Betreuungs- und Behandlungsstruktur in Deutschland zum Inhalt haben.

In diesem Jahr soll das Projekt „Entwicklung eines multimedialen Konzeptes zur Verbesserung der Verfahrensberatung im Asylverfahren, auf das bundesweit zugegriffen werden, bzw. das bundesweit zur Verfügung gestellt werden kann“, gefördert werden. Ziel dieses Projektes ist es, das Asylverfahren möglichst anschaulich darzustellen, so dass es für Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland möglichst einfach zu verstehen ist.

Die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten wird in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert. So hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit nationalen Mitteln das Informationssystem MILO entwickelt, mit Hilfe dessen eine Vernetzung der Mitgliedstaaten im Bereich des Informationsaustausches im Asylbereich und im Bereich der Herkunftsländer- und Rechtsdokumentation ermöglicht wird. Ein Bedarf für weitere strukturverbessernde Maßnahmen mit Hilfe von EFF-Mitteln wird derzeit nicht gesehen.

Deutschland beteiligte sich bis zum Jahr 2011 nicht an einem institutionalisierten Resettlementprogramm, sondern führte nur anlassbezogen ad-hoc-Aufnahmen durch. So hat Deutschland im Jahr 2009/2010 im Rahmen einer ad-hoc-Aufnahme 2.501 irakische Flüchtlinge aufgenommen und davon für 2.160 Personen eine EU-Förderung erhalten.

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat im Dezember 2011 nunmehr ein regelmäßiges Resettlementverfahren für die Jahre 2012 bis 2014 beschlossen. Es soll ein jährliches Kontingent von ca. 300 Personen aufgenommen werden.

Es wurden bisher Projekte zur Integration von Personen, die im Rahmen der ad-hoc-Aufnahme nach Deutschland kamen, gefördert bzw. die geförderten Projekte konnten auch von dieser Zielgruppe in Anspruch genommen werden. Für die Förderung von Projekten für Personen, die zukünftig im Rahmen des Resettlementverfahrens von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden, wurde zusätzlich ein eigener Maßnahmenbereich (Maßnahmenbereich⁸) in dieses Jahresprogramm aufge-

nommen.

Aspekte, die für alle Maßnahmen gelten

Die Anträge dürfen sich grundsätzlich nur auf einen Maßnahmenbereich beziehen. Projekte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dürfen sich auf die Maßnahmenbereiche „Verbesserung der Aufnahmebedingungen“ und „Verbesserung der Integrationsbedingungen“ beziehen und werden entsprechend ihrem Schwerpunkt einem der beiden Maßnahmenbereiche zugeordnet.

Ergänzbarkeit mit ähnlichen, durch andere EU-instrumentarien finanzierten Maßnahmen

Um die Vereinbarkeit mit anderen regionalen und nationalen Instrumentarien in Deutschland zu gewährleisten, führt die EU-Zuständige Behörde regelmäßige Gespräche mit den Ländern und den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege und der Flüchtlingshilfe durch. Durch den Ausschluss von Projektzielen, die bereits durch gesetzliche Leistungen erreichbar sind (z.B. AsylVfG, AsylbLG, SGB XII), wird gewährleistet, dass einzelstaatliche Maßnahmen (einschließlich regionaler und lokaler) nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Zur Vermeidung einer Überschneidung des EFF mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wird eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungsstellen stattfinden. So sehen die Antragsunterlagen eine rechtsverbindliche Erklärung des Projektträgers darüber vor, ob und ggf. bei welcher Stelle er Mittel aus dem ESF (oder einem anderen Programm der EU bzw. nationaler, regionaler, lokaler Art) beantragt hat oder beantragen wird. Erklärt der Projektträger, er habe Mittel aus dem ESF-Programm (oder anderen Quellen) beantragt bzw. beabsichtige dies, klärt die EU-Zuständige Behörde ab, ob das Projekt aus Mitteln des ESF-Programms finanziert wird, um eine Doppelförderung auszuschließen.

Hinsichtlich der Zielgruppen des EFF grenzt er sich vom ESF so ab, dass mit Mitteln des EFF schulbegleitende Maßnahmen gefördert werden. Maßnahmen, die der Orientierung am Arbeitsmarkt dienen oder konkret berufsvorbereitenden Charakter haben, werden mit Mitteln des ESF gefördert.

Zur Vermeidung von Überschneidungen des EFF mit dem Europäischen Integrationsfonds (EIF) gilt im Hinblick auf die in Deutschland geltende gesetzliche „Altfallre-

gelung“ folgende Abgrenzung:

- Flüchtlinge und Personen, die internationalen subsidiären Schutz genießen, unterfallen dem Europäischen Flüchtlingsfonds. Sie sind auch dann keine Zielgruppe des EIF, wenn sie eine auf Dauer angelegte Aufenthaltserlaubnis erhalten.
- Personen nach § 104a Absatz 1 Satz 1 AufenthG können als ehemalige Asylbewerber zunächst Zielgruppe des Europäischen Flüchtlingsfonds gewesen sein. Ein Ausländer, der seinen Lebensunterhalt durch eigenständige Erwerbstätigkeit sichern kann und eine Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG erhält, ist ab Erteilungszeitpunkt der Zielgruppe des Europäischen Integrationsfonds zuzuordnen. Hier gilt als Übergangsregelung: Nutznießer einer EFF-geförderten Maßnahme können diese Maßnahme auch dann noch zu Ende führen, wenn ihnen zwischenzeitlich eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 104a Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 23 Absatz 1 Satz 1 AufenthG erteilt worden ist.

2.1. Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 1: „Anwendung der asylrechtlichen Grundsätze und Maßnahmen der Gemeinschaft auch in Bezug auf die Integrationsziele“

Die im Mehrjahresprogramm beschriebene Strategie zur Umsetzung von Priorität 1 (siehe Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland unter Punkt 3.1.) zielt darauf ab, Flüchtlingen und Personen, die internationalen subsidiären Schutz genießen, geeignete und über den gesetzlich garantierten „Status quo“ hinausgehende bessere Bedingungen zu bieten, die mit der Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 im Einklang stehen. Zielsetzung ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der in Deutschland angekommenen Asylantragsteller.

Nach Zielsetzung und Strategie des Mehrjahresprogramms wird auch die Integration von anerkannten Asylbewerbern in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland angestrebt. Diese Personen müssen noch besser in die Lage versetzt werden, an den Werten der Charta der Grundrechte der Europäischen Union teilhaben zu können. Dies bedingt, dass sie eine Erstorientierung erhalten, um sich in der Aufnahmegesellschaft zurecht zu finden und um es ihnen zu ermöglichen, sich Grundkenntnisse hinsichtlich der Sprache, Geschichte, Institutionen, sozioökonomischen Merkmale,

Kultur und grundlegenden Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft anzueignen.

2.1.1. Maßnahmenbereich 1): „Verbesserung der Aufnahmebedingungen“

2.1.1.1. Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs „Verbesserung der Aufnahmebedingungen“

Ziel der Maßnahmen in diesem Handlungsfeld ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der in Deutschland angekommenen Asylantragsteller (zu den Zielen siehe Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland unter Punkt 2.2.1). Es werden weiterhin Maßnahmen gefördert, die den Anforderungen der Europäischen Union an gemeinsame Grundstandards in Bezug auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem entsprechen.

Zur Zielerreichung sollen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- Erstorientierung der Asylbewerber (ggf. auch aus einem anderen Mitgliedstaat überstellter Asylbewerber) in der Bundesrepublik Deutschland (sozio-kultureller Erstkontakt) sozialer Beistand im Übrigen durch sozialpädagogische Begleitung
- Vermittlung von einfachen deutschen Sprachkenntnissen zur Bewältigung des Alltags
- Vermittlung von Kenntnissen der deutschen Sprache im Hinblick auf den Beginn bzw. die Fortsetzung eines Schulbesuchs bei Kindern bzw. Jugendlichen
- Sensibilisierung der ortsansässigen Bevölkerung für die Belange der Zielgruppe
- Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern zur Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter
- Unterstützung der Eltern durch Erziehungsberatung und Betreuung der Kinder bei den Schulaufgaben

2.1.1.2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Flüchtlingsarbeit, wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

2.1.1.3. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2013 sollen ca. 40 bis 50 Projekte in diesem Maßnahmenbereich gefördert werden.

Je nach Projektgröße werden pro Projektmaßnahme voraussichtlich zwischen 150 und 200, in umfangreicheren Projektmaßnahmen auch mehr Personen, die zur Zielgruppe gehören durch eine direkte Hilfe und Unterstützung eine Verbesserung der bisherigen Lebenssituation als Beratungserfolg und Ergebnis von Dienstleistungen erfahren. Insgesamt wird voraussichtlich mit der direkten Hilfe und Unterstützung von bis zu 10.000 Personen der Zielgruppe (Asylbewerber) und 600 Personen des Projektpersonals gerechnet. Die Projekte sollen vorwiegend bei den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften der Länder angesiedelt sein.

Output-Indikatoren

- Anzahl der geförderten Projekte
- Anzahl der Beratungen
- Anzahl der betreuten Personen
- Anzahl von Teilnehmern an Veranstaltungen und Kursen
- Anzahl von ausgebildeten Multiplikatoren
- Anzahl der Informationsveranstaltungen
- Anzahl der qualifizierten Ehrenamtlichen

Outcome

- Verbesserte Beratungs- und Betreuungsstruktur für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
- Verbesserte Erstorientierung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

2.1.1.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.1.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.1.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten :	7.600.000,00,-- Euro
davon EU-Beteiligung:	3.800.000,00,-- Euro

Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	2.533.333,33 -- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	1.266.666,67 -- Euro

2.1.2. Maßnahmenbereich 2): Umsetzung der Spezifischen Priorität 1: „Verbesserung der Aufnahmebedingungen für besonders schutzbedürftige Asylsuchende“

2.1.2.1. Ziel und Umfang der Projektmaßnahme „Verbesserung der Aufnahmebedingungen für besonders schutzbedürftige Asylsuchende“

Zur allgemeinen Zielrichtung wird auf die Ausführungen zu Ziffer 3.1.1. verwiesen. Mit besonderer Dringlichkeit müssen die Sorge und die Betreuung für besonders schutzbedürftige Asylsuchende einschließlich deren Familienangehörigen intensiviert werden. Dazu zählen insbesondere unbegleitete Minderjährige, Schutzsuchende mit schweren verfolgungsbedingten traumatischen Erkrankungen, Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung und Personen mit schweren Behinderungen.

Maßnahmen zur Zielerreichung umfassen die gezielte Unterstützung

- unbegleiteter minderjährige Asylbewerber durch Gewährung eines geeigneten, ihren Bedürfnissen angepassten Wohnraums inklusive einer ständigen sozialpädagogischen/therapeutischen Betreuung und schulischen Begleitung („Elternersatz“),
- von Folteropfern mit erheblichen traumatischen Symptomen durch psychotherapeutische Beratung und Betreuung,
- von Frauen, Minderjährigen und jungen Erwachsenen bis zu 21 Jahren, die Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung geworden sind, durch soziale Betreuung und medizinische Hilfe,
- von werdenden Müttern und von Müttern mit minderjährigen Kindern durch Beratung, Erziehungshilfen, medizinische Betreuung sowie spezifische sozialpädagogische/therapeutische Betreuung,
- von kranken und traumatisierten Asylbewerbern, insbesondere durch folgende Maßnahmen: migrationsspezifische psychologische bzw. sozialpsychologische Betreuung, um posttraumatischen Störungen entgegen zu wirken.

2.1.2.2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Flüchtlingsarbeit, wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

2.1.2.3. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2013 sollen etwa 25 - 30 Projekte im Bereich „Verbesserung der Aufnahmebedingungen für besonders schutzbedürftige Personen“ gefördert werden.

Je nach Projektgröße werden pro Projektmaßnahme voraussichtlich zwischen 20 und 50, in umfangreicheren Projektmaßnahmen auch mehr Personen eine direkte Hilfe und Unterstützung erhalten. Insgesamt wird voraussichtlich mit der direkten Hilfe für und Unterstützung von rund 1000 bis 1.500 Personen der Zielgruppe und rund 400 Personen des Projektpersonals gerechnet.

Output-Indikatoren

- Anzahl der geförderten Projekte
- Anzahl der Sprachkurse
- Anzahl der Beratungen/Behandlungen
- Dauer der Beratung
- Anzahl von Informationsveranstaltungen
- Anzahl von Bildungsveranstaltungen
- Anzahl der qualifizierten Ehrenamtlichen
- Anzahl der in die Maßnahmen einbezogenen Personen
 - unbegleitete Minderjährige
 - Opfer von Folter und Gewalt
 - Minderjährige und Frauen
 - junge Erwachsene bis zu 21 Jahren
 - kranke Personen

Outcome

- Verbesserte Beratungs- und Betreuungsstruktur für besonders schutzbedürftige Personen
- Verbesserte therapeutische Betreuung von kranken und traumatisierten Flüchtlingen

2.1.2.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU. Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.2.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch an-

dere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.2.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	6.881.774,08- Euro
davon EU-Beteiligung:	5.161.330,56- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	1.146.962,35- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	573.481,17-.Euro

2.1.3. Maßnahmenbereich 3): „Verbesserung der Integrationsbedingungen“

2.1.3.1. Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs „Verbesserung der Integrationsbedingungen“

Maßnahmen in diesem Handlungsfeld haben zum Ziel, dass zu den Zielgruppen des EFF gehörende Personen mit dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland (anerkannte Flüchtlinge, international subsidiär Geschützte und neu angesiedelte Personen) über ausreichende Deutschkenntnisse, grundlegendes Wissen über die Aufnahmegesellschaft in den Bereichen Staatssystem und Arbeitsmarkt sowie über Kenntnisse von zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Erstintegration verfügen. Weiterhin wird die Zielsetzung verfolgt, ihren Bildungsstand in allen Altersgruppen nachhaltig zu verbessern, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, und zwar in allen Bereichen des alltäglichen Lebens (zu den Zielen siehe Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland unter 2.2.2), zu ermöglichen.

Die Maßnahmen erstrecken sich auf:

Verbesserung der sprachlichen Bildung:

- Vermittlung von ergänzenden Kenntnissen der deutschen Sprache im Hinblick auf den Beginn bzw. die Fortsetzung eines Schulbesuches bei Kindern bzw. Jugendlichen
- Ergänzender Sprachunterricht für Erwachsene, sofern das gesetzliche Angebot von Sprachunterricht nicht ausreichend ist

Verbesserung des Bildungsangebotes in der Schule:

- Ergänzende Bildungsmaßnahmen zusätzlich oder parallel zum Unterrichtsangebot der allgemeinbildenden Schulen

Verbesserung der sozialen Integration und gesellschaftlichen Teilhabe:

- Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz als Mittler zwischen Angehörigen der Zielgruppen und hauptamtlichen Mitarbeitern

- verstärkte Öffnung von Vereinen, insbesondere Sportvereinen, für Angehörige der Zielgruppen und deren Kinder
- sozialer Beistand
- Förderung der Integrationsbereitschaft der zu den Zielgruppen des EFF gehörenden Personen mit dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland
- Förderung der interkulturellen Kompetenz unter Berücksichtigung der Gegebenheiten im Aufnahmeland und der sozio-kulturellen Herkunft
- sonstige Maßnahmen zum größtmöglichen Wohlergehen der Angehörigen der Zielgruppen

2.1.3.2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Flüchtlingsarbeit, wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

2.1.3.3. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2013 sollen etwa 20 bis 25 Projekte im Bereich „Verbesserung der Integrationsbedingungen“ gefördert werden.

Je nach Projektgröße werden pro Projektmaßnahme voraussichtlich zwischen 50 und 100, in umfangreicheren Projektmaßnahmen auch mehr Personen eine direkte Hilfe und Unterstützung erhalten. Insgesamt wird voraussichtlich mit der direkten Hilfe und Unterstützung von ca. 1.250 bis 2.500 Personen der Zielgruppe und ca. 300 Personen des Projektpersonals gerechnet.

Output-Indikatoren

- Anzahl der geförderten Projekte
- Anzahl der begünstigten Personen
 - Teilnehmer von Sprachkursen/Bildungsmaßnahmen
 - Teilnehmer von sonstigen Integrationsmaßnahmen
- Anzahl von Sprachkursen
 - Kinder und Jugendliche
 - Erwachsene
- Anzahl von Bildungsveranstaltungen
- Anzahl der Informationsveranstaltungen

- Anzahl der qualifizierten Ehrenamtlichen
- Anzahl von ausgebildeten Multiplikatoren
- Anzahl von Integrationsmaßnahmen

Outcome

- Verbesserung der Sprachkenntnisse
- Erhöhung der Bildungsbeteiligung
- Erhöhung der Zahl von Bildungsabschlüssen und des Bildungsniveaus
- Verbesserung der sozialen Integration

2.1.3.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.3.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.3.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	1.801.123,28-- Euro
davon EU-Beteiligung:	900.561,64-- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	600.374,43-- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	300.187,21-- Euro

2.1.4. Maßnahmenbereich 4): Umsetzung der Spezifischen Priorität 1: „Verbesserung der Integrationsbedingungen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“

2.1.4.1. Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs „Verbesserung der Integrationsbedingungen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“

Zur allgemeinen Zielrichtung wird auf die Ausführungen zu Ziffer 3.1.3. verwiesen. Mit besonderer Dringlichkeit müssen die Sorge und die Betreuung für besonders schutzbedürftige anerkannte Flüchtlinge einschließlich deren Familienangehörigen intensiviert werden. Dazu zählen insbesondere unbegleitete Minderjährige, anerkannte Flüchtlinge mit schweren verfolgungsbedingten traumatischen Erkrankungen, Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung und Personen mit schweren Behinderungen.

Maßnahmen zur Zielerreichung umfassen die gezielte Unterstützung

- unbegleiteter Minderjähriger durch Gewährung einer ständigen sozialpädagogischen/therapeutischen Betreuung („Elternersatz“)
- von Folteropfern mit erheblichen traumatischen Symptomen durch psychotherapeutische Beratung und Betreuung
- werdender Mütter und von Müttern mit minderjährigen Kindern durch ein ganzheitliches auf diesen Personenkreis zugeschnittenes Beratungsangebot
- aller besonders schutzbedürftigen Personen zur Verbesserung der Bildung.

2.1.4.2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die Finanzhilfeempfänger sind in der Regel Projektträger aus der Flüchtlingsarbeit, wie etwa Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen, freie Träger, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Vereinigungen, Stiftungen, Bildungseinrichtungen.

2.1.4.3. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Im Förderjahr 2013 sollen etwa sechs oder sieben Projekte im Bereich „Verbesserung der Integrationsbedingungen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ gefördert werden.

Je nach Projektgröße werden pro Projektmaßnahme voraussichtlich zwischen 50 und 100 Teilnehmer erwartet, in umfangreicheren Projektmaßnahmen auch mehr. Insgesamt wird voraussichtlich mit der direkten Hilfe und Unterstützung von 600 bis 700 Personen der Zielgruppe und ca. 40 Personen des Projektpersonals gerechnet.

Output-Indikatoren

- Anzahl der begünstigten Personen:
 - betreute, behandelte, begleitete Teilnehmer von Sprachkursen/Bildungsmaßnahmen
 - Teilnehmer von sonstigen Integrationsmaßnahmen
- Anzahl der Beratungen/Betreuungen/Behandlungen
- Anzahl der geförderten Projekte
- Anzahl von Sprachkursen
- Anzahl von Informationsveranstaltungen
- Anzahl von Bildungsveranstaltungen

- Anzahl von Integrationsmaßnahmen

Outcome

- Verbesserung der Sprachkenntnisse
- Erhöhung der Bildungsbeteiligung
- Erhöhung der Zahl von Bildungsabschlüssen und des Bildungsniveaus
- Verbesserung der sozialen Integration

2.1.4.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.4.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.4.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	1.200.000,00-- Euro
davon EU-Beteiligung:	900.000,00-- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mit-	200.000,00-- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	100.000,00-- Euro

2.1.5. Maßnahmenbereich 5): „Monitoring, Evaluierung und Indikatoren“

2.1.5.1. Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs „Monitoring, Evaluierung und Indikatoren“

In diesem Handlungsfeld wird das Ziel verfolgt, Monitoring und Evaluierung als feste Bestandteile der Qualitätssicherung zu etablieren und im Förderzeitraum bundesweit ein modulares Indikatorenset zu entwickeln und anzuwenden (siehe Mehrjahresprogramm der Bundesrepublik Deutschland unter Punkt 3.1.3).

Maßnahmen in diesem Bereich umfassen dabei u. a. die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungsinstrumente speziell für den Bereich Flüchtlingsförderung auf der Ebene der Projekte. Der Etablierung entsprechender Systeme dient weiterhin die verstärkte Evaluierung bereits laufender Hilfemaßnahmen. Die Projektmaßnahmen sollen Aspekte der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements zum Inhalt haben.

Von strategischer Bedeutung sind dabei

- die Entwicklung standardisierter und indikatorengestützter Bewertungssysteme sowie
- der verstärkte Einsatz von Evaluations- und Monitoringinstrumenten zur Bewertung von Integrationsmaßnahmen.

2.1.5.2. Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Die beschriebenen Projekte werden umgesetzt von wissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen mit Sachverstand hinsichtlich Evaluierungsmethoden in direkter Zusammenarbeit mit erfahrenen Projektträgern aus dem Bereich der Kirchen und Wohlfahrtsverbände.

2.1.5.3. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Es sollen ca. ein bis zwei Projekte im Bereich „Monitoring, Evaluierung und Indikatoren“ gefördert werden.

Output-Indikatoren

- Anzahl der geförderten Projekte
- Anzahl und Art der entwickelten Bewertungssysteme
- Anzahl und Art der evaluierten Maßnahmen und Projekte;
- Anzahl und Art der erarbeiteten Indikatoren

Outcome

- Bereitstellung effizienter, standardisierter Monitoring- und Evaluierungsmethoden für alle Maßnahmen und Projekte der Priorität.

2.1.5.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.5.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.1.5.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	1.319.999,92-- Euro
davon EU-Beteiligung:	659.999,96-- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	500.000,00-- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	159.999,96-- Euro

2.2 Maßnahmen zur Umsetzung von Priorität 2: „Entwicklung von Vergleichsgrößen und Bewertungsmethoden zur Beurteilung und Verbesserung der Qualität der Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz und zur Unterstützung der Verwaltung in ihren Bemühungen, den Herausforderungen gerecht zu werden, die mit einer intensiveren praktischen Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten verbunden sind“

Die Aufnahme der Priorität 2) in das Jahresprogramm folgt dem Erfordernis einer aktualisierten Evaluierung und weiteren Verbesserung der Qualität der Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz. Die Voraussetzungen für eine hinreichende Qualität der Asylentscheidungen sind in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend gegeben, da eine umfassende Dokumentation zur Menschenrechtslage und Verfolgungssituation zu nahezu allen Herkunftsländern der Asylsuchenden sowie eine umfassende Rechtsdokumentation zu allen wesentlichen in Deutschland getroffenen Asylentscheidungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichtet sind. Auf die diesbezüglichen elektronischen Datenbanken greifen die mit den Asylentscheidungen befassten Stellen zurück. Gleichwohl sind Verbesserungsmöglichkeiten gegeben.

2.2.1. Maßnahmenbereich 6): „Strukturverbesserungen in Asylpolitik/-verfahren/-verwaltung/-rechtsprechung“

2.2.1.1. Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs „Strukturverbesserungen in Asylpolitik/-verfahren/-verwaltung/-rechtsprechung“

Auf Grund der Ausstattung der Bundesrepublik Deutschland mit einem umfassenden System zur Herkunftsländerdokumentation mit Rechtsprechungsdatenbanken und zur Erhebung statistischer Daten ist Priorität 2 nur in bestimmten Teilbereichen für eine Förderung durch den Europäischen Flüchtlingsfonds von Bedeutung. Auch Fortbildungsmaßnahmen werden von den Asyl- und Ausländerbehörden bereits in erheblichem Umfang vorgenommen. Gleichwohl sollen Projekte, die der Verbesserung der Struktur der Asylpolitik dienen, ausgelotet und umgesetzt werden (siehe Mehrjahresprogramm unter 4.2.), so etwa in den Bereichen:

- Herkunftsländerdokumentation, Rechtsdokumentation und Statistik,
- Fortbildung der Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Bereich Asylverfahren/Asylrechtsprechung,
- Evaluierung des Asylverfahrens
- Verbesserung des Asylverfahrens durch die Identifikation Schutzbedürftiger Flüchtlinge
- Verbesserung der Aufnahmebedingung besonders Schutzbedürftiger bei Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten

2.2.1.2. Voraussichtliche Zuwendungsempfänger

Anträge werden u.a. erwartet von regionalen und lokalen Ämtern sowie wissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtungen, die weitgehende Erfahrungen mit Berichterstattungen aus den Herkunftsländern und mit der asylrechtlichen Entscheidungspraxis in der Bundesrepublik Deutschland haben und die Lebenssituation der Asylanttragsteller, Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland internationalen Schutz genießen oder neu angesiedelt worden sind, kennen.

2.2.1.3. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Es sollen rund 5 Projekte im Bereich „Strukturverbesserungen in Asylpolitik/-verfahren/-verwaltung/-rechtsprechung“ durchgeführt werden.

Durch die Förderung von Evaluierungsprojekten, bei welchen qualitative Indikatoren entwickelt werden, wird es möglich sein den Erfolg der Asyl- und Flüchtlingshilfemaßnahmen auf überregionaler Ebene zu messen.

Output-Indikatoren

- Anzahl und Art der Projekte im Handlungsfeld
- Anzahl und Art der Fortbildungsmaßnahmen, Teilnehmerzahl und -kategorien Herkunftsländerdokumentation, Rechtsdokumentation und Statistik
- Anzahl und Art der Projekte zur Evaluierung der Asylverfahren
- Verbesserung des Asylverfahrens
- Verbesserung der Aufnahmebedingungen

Outcome

- Bereitstellung standardisierter, effizienter Evaluierungsmethoden für die Asylpolitik und das Asylverfahren
- Monitoring und Evaluierung der Asylpolitik und -verfahren
- Handlungsempfehlungen zur Effizienzsteigerung der Asylverfahren
- Handlungsempfehlungen zur Identifikation besonders Schutzbedürftiger
- Handlungsempfehlung zur Verbesserung der Verfahrensbedingungen für Asylbewerber

2.2.1.4 Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.1.5 Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.1.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	960.549,50 Euro
davon EU-Beteiligung:	480.274,75 Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	320.183,16 Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	160.091,59 Euro

2.2.2. Maßnahmenbereich 7): „Verbesserung der Qualität des deutschen Asylverfahrens

2.2.2.1 Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs

Verbesserung der Kapazität und Qualität des europäischen Asylverfahrens

Mit der Entwicklung eines multimedialen Konzeptes zur Verbesserung der Verfahrensberatung im Asylverfahren, auf das bundesweit zugegriffen werden, bzw. das bundesweit zur Verfügung gestellt werden kann, soll die Qualität des Asylverfahrens gesteigert werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die zur Verfügung gestellten Formblätter für Asylbewerber oft nur schwer verständlich sind. Das Projektziel ist nun, das Asylverfahren möglichst anschaulich darzustellen, so dass es für Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland möglichst einfach zu verstehen ist

Beschreibung

Geplant ist die Produktion eines Films, in dem zunächst die Ankunft des Asylbewerbers in einer Aufnahmeeinrichtung gezeigt wird. Im Folgenden wird im Film jeder weitere Schritt von der persönlichen Antragstellung bis hin zur Entscheidung im Verfahren genau beschrieben. Auch die rechtlichen Möglichkeiten, die der Antragsteller im Asylverfahren hat, werden erklärt. Geplant ist, den Film in die 10 gängigsten Sprachen der Asylbewerber zu übersetzen. Der Film soll den Antragstellern in den Aufnahmeeinrichtungen der Länder möglichst zeitnah nach der Ankunft gezeigt werden, so dass sich der Antragsteller gut auf das Verfahren vorbereiten kann. Auch Flüchtlingshilfeorganisationen, die mit der Rechtsberatung von Antragstellern befasst sind, soll er zur Verfügung gestellt werden. Parallel dazu sollen Broschüren entwickelt werden, die ebenfalls in die 10 gängigsten Sprachen übersetzt werden. Die Broschüren werden in den Aufnahmeeinrichtungen und in den Außenstellen des Bundesamts ausgelegt und können Flüchtlingshilfeorganisationen zur Verfügung gestellt werden.

2.2.2.2 Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Für die Umsetzung der Maßnahme kommt ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Betracht.

2.2.2.3 Begründung der Monopolstellung

Die de-jure-Monopolstellung wird wie folgt begründet:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist eine Geschäftsbereichsbehörde des Bundesministeriums des Innern. Zu den originären Aufgaben des Bundesamtes zählt die Durchführung des nationalen Asylverfahrens in Deutschland, das im Wesentlichen die Anhörung der Asylbewerber und das Treffen der entsprechenden Entscheidung einschließlich der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft umfasst, sowie die Durchführung des sog. Dublinverfahrens. Selbstverständlich muss eine optimale Verfahrensberatung und Vorbereitung des Asylbewerbers auf das Verfahren gewährleistet werden. Es handelt sich hierbei um eine klassische hoheitliche Tätigkeit, die nicht delegierbar ist und von keiner anderen Institution wahrgenommen werden kann. Dies ergibt sich aus § 5 Asylverfahrensgesetz. Das BAMF genießt insoweit also eine Monopolstellung in der Bundesrepublik Deutschland.

Vor dem Hintergrund der Monopolstellung des Bundesamtes und der Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission betreffend der Zielsetzung, das Europäische Asylverfahren zu harmonisieren, sowie auch der Qualitätssicherung im Bereich des Asylverfahrens, hat das Bundesamt dieses Projekt in eigener Zuständigkeit durchzuführen.

Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Output-Indikatoren

Anzahl der Asylbewerber, die von der multimedialen Verfahrensberatung profitieren.

Outcome-Indikatoren

- Verbesserung der Qualität des Europäischen Asylsystems
- Effizienzsteigerung des Asylverfahrens

2.2.2.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.2.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.2.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	120.000-- Euro
davon EU-Beteiligung:	60.000-- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	60.000-- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	

2.2.3. Maßnahmenbereich 8): „Verbesserung der Kapazität und Qualität des europäischen Asylverfahrens“

2.2.3.1 Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs

Verbesserung der Kapazität und Qualität des europäischen Asylverfahrens

In der Strategie des Mehrjahresprogramms ist die Qualifizierung von Mitarbeitern bei Behörden als Ziel aufgeführt. Mit dem Projekt „Übersetzung von EAC-Modulen in die deutsche Sprache“ soll dieses Ziel umgesetzt und die Qualität des Asylverfahrens gesteigert werden.

Ziel des European Asylum Curriculum (EAC) ist die Verbesserung der Kapazität und Qualität des europäischen Asylverfahrens durch Harmonisierung der Ausbildung der Sachbearbeiter-Asyl mittels einheitlicher Trainingsmodule. Hierfür werden Lernprogramme für alle Bereiche der Asylverfahrensbearbeitung entwickelt. Das EAC sieht die Erstellung von insgesamt 13 Modulen für das Asylrecht vor. Es handelt sich um ein umfassendes Trainingssystem für Asylverfahren, das bereits die Harmonisierungsbestrebungen hinsichtlich eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) berücksichtigt. Geplant ist, in diesem Maßnahmenbereich diese Module, die bislang nur in englischer Sprache verfügbar sind mit Hilfe dieses Projekts in die deutsche Sprache übersetzen zu lassen. Nur, wenn die Module in deutscher Sprache vorliegen können die Sachbearbeiter die Fortbildung nutzen. Das Ziel ist die Qualität des Asylverfahrens entscheidend zu steigern. Dafür ist die Übersetzung notwendig. Die Umsetzung des EAC erfolgt in enger Kooperation mit EASO.

2.2.3.2 Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Für die Umsetzung der Maßnahme kommt ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Betracht.

2.2.3.3 Begründung der Monopolstellung

Die de jure Monopolstellung wird wie folgt begründet:

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist eine Geschäftsbereichsbehörde des Bundesministeriums des Innern. Zu den originären Aufgaben des Bundesamtes zählt die Durchführung des nationalen Asylverfahrens in Deutschland, das im Wesentlichen die Anhörung der Asylbewerber und das Treffen der entsprechenden Entscheidung einschließlich der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft umfasst, sowie die Durchführung des sog. Dublinverfahrens. Es handelt sich hierbei um eine klassische hoheitliche Tätigkeit, die nicht delegierbar ist und von keiner anderen Institution wahrgenommen werden kann. Dies ergibt sich aus § 5 Asylverfahrensgesetz.

Das BAMF genießt insoweit also eine Monopolstellung in der Bundesrepublik Deutschland. Die beim Bundesamt beschäftigten und als Entscheider mit der Durchführung des Asylverfahrens betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind regelmäßig zu schulen und fortzubilden, um den hohen nationalen und inzwischen im Rahmen des Harmonisierungsprozesses auch europaweit geltenden Qualitätsstandards gerecht zu werden.

Vor dem Hintergrund der Monopolstellung des Bundesamtes und der Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission betreffend der Zielsetzung, das Europäische Asylverfahren zu harmonisieren sowie auch der Qualitätssicherung, hat das Bundesamt dieses Projekt in eigener Zuständigkeit durchzuführen.

Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Output-Indikatoren

Anzahl der Sachbearbeiter, die EAC als Fortbildungsmaßnahme nutzen und von der Übersetzung profitieren

Outcome-Indikatoren

- Verbesserung im Hinblick auf die Vereinheitlichung des Europäischen Asylsystems
- Effizienzsteigerung des Asylverfahrens

2.2.3.4. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.3.5. Gegebenenfalls Ergänzzbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.3.6. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	60.000.--- Euro
davon EU-Beteiligung:	30.000.--- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	30.000.--- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	

2.2.4. Maßnahmenbereich 9): Maßnahme zur Neuansiedlung von Personen im Rahmen des Resettlements

2.2.4.1 Ziel und Umfang des Maßnahmenbereichs

Ziel ist es, schutzbedürftige Drittstaatsangehörige oder Staatenlose aus einem Drittstaat in die Bundesrepublik Deutschland zu überstellen und neu anzusiedeln. Die schutzbedürftigen Personen sollen aus einem Land oder einer Region angesiedelt, das/die für die Teilnahme an einem regionalen Schutzprogramm (z.B. Tunesien) benannt wurden. Damit fällt diese Maßnahme unter Priorität Nr. 3.1. Für Priorität 3.1 werden nunmehr Mittel in Höhe von 477.725,25 € in diesem Maßnahmenbereich zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Finanzrahmen des EFF aufgestockt. Aus diesen zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln ist die weitere Projektfinanzierung auch im Jahre 2013 im Rahmen des Resettlements im Bereich dieses Maßnahmenbereiches möglich.

Geplant ist die Aufnahme von 300 Flüchtlingen. Es soll ein schnelles und effizientes Verfahren eingeführt werden, das sowohl die aufzunehmenden Personen als auch die Aufnahmegesellschaft bestmöglich vorbereitet. Insbesondere sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine schnelle Integration in Deutschland zu ermöglichen.

Vor Durchführung des Aufnahmeverfahrens sollen Fact Finding Missions in eines oder mehrere Erstzufluchtsländer stattfinden.

In einem anschließenden Vorauswahlverfahren sollen Auswahlvorschläge über den UNHCR erfolgen. Das Bundesamt prüft die Vorschläge in der Regel im Rahmen von Interviews vor Ort. Daneben finden Urkundenüberprüfungen, Identitätsklärungen und Sicherheitsüberprüfungen statt. Ebenso werden medizinische Untersuchungen der aufzunehmenden Personen vorgenommen. Danach ergeht eine Entscheidung des Bundesamts.

Noch vor der Ausreise aus dem Erstzufluchtsland sollen kulturelle Erstorientierungskurse durchgeführt werden.

Die Ausreise der ausgewählten Personen kann mittels Charterflug oder Linienflug erfolgen.

Die Erstaufnahme in Deutschland kann entweder zunächst für eine gewisse Zeit zentral oder direkt in den Bundesländern erfolgen.. Unmittelbar nach der Ankunft (bis max.14 Tage) kann ggf. eine medizinische Notfallbetreuung gewährleistet werden.

Soweit die Erstaufnahme zentral erfolgt, können den aufgenommenen Resettlementflüchtlingen Erstorientierungskurse „Wegweiser für Deutschland“ angeboten werden.

Den aufgenommenen Personen wird eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen nach § 23 Abs.2 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erteilt (Aufnahmeanordnung des Bundesministeriums des Innern vom 05.12.2008) und mit einer wohnsitzbeschränkenden Auflage versehen, soweit und solange Leistungen nach dem Zweiten oder dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches bezogen werden (§ 23 Abs. 3 AufenthG i.V.m. 24 Abs. 5 AufenthG).

Die Aufnahmen der Personen sind auf Dauer angelegt und haben nicht nur einen vorübergehenden Charakter. Gleichwohl sind in diesen Verfahren die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Geltungsdauer von Aufenthaltserlaubnissen und Niederlassungserlaubnissen einzuhalten. Dies gilt für Personen, die in den Aufnahmeverfahren aufgenommen werden ebenso wie zu Aufenthalten sonstiger Ausländer, z.B. auch in Asylverfahren.

Für die wiederholende Umsetzung des Resettlementverfahrens sollen zur schnelleren und reibungslosen Durchführung zum Teil bereits vorhandene Hard- und Software ergänzt und weiterentwickelt werden. Eine kompatible Gestaltung mit IT-Einrichtungen anderer Beteiligter (z.B. Sicherheitsbehörden) ist hierbei vorzunehmen.

Im Rahmen des Projektes sollen auch gesellschaftliche Öffnungsprozesse angestoßen und die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft gesteigert werden. Die Schaffung und Vermittlung von mehr Faktenwissen zu den Themen Migration und Integration kann durch Maßnahmen der politischen Bildung und die „Entwicklung einer Willkommenskultur“ erreicht werden. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit wird deshalb im Projekt erfolgen.

Ein Austausch aller am Resettlementprozess beteiligter (staatlicher und nichtstaatlicher) Akteure wird gefördert.

2.2.4.2 Voraussichtliche Finanzhilfeempfänger

Für die Umsetzung der Maßnahme kommen ausschließlich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und andere öffentliche Stellen in Betracht.

2.2.4.3 Begründung der Monopolstellung

Die de-jure-Monopolstellung wird wie folgt begründet:

Zielgruppe des Aufnahmeverfahrens sind Flüchtlinge, für die eine Neuansiedlung die einzig dauerhafte Lösung darstellt, weil eine Integration vor Ort oder eine Rückkehr ins Herkunftsland auf absehbare Zeit nicht möglich ist.

Aufgrund seines gesetzlichen Auftrags hat das Bundesamt im Rahmen des Resettlements eine Monopolstellung. Das Bundesamt ist nach § 75 Nr. 8 AufenthG für die Durchführung des Aufnahmeverfahrens nach § 23 Abs. 2 und die Verteilung der nach § 23 sowie der nach § 22 Satz 2 AufenthG aufgenommenen Ausländer zuständig. Die Durchführung durch eine andere Stelle, insbesondere durch Nichtregierungsorganisationen, kommt aus diesem Grund nicht in Betracht.

Für die erste Phase unmittelbar nach der Ankunft (bis max.14 Tage) kommt eine gemeinsame Unterbringung der neu angesiedelten Personen, verbunden mit einer intensiven Betreuung einschließlich einer Erstorientierung, in Betracht. In dieser Phase sind zahlreiche Behördenentscheidungen zu treffen, die von der Erstausrüstung (mit Kleidung, Gegenständen des persönlichen Bedarfs etc.) bis hin zur Verteilung auf die Länder reichen. Die Koordinierung dieser Aktivitäten kann nur durch das Bundesamt gegebenenfalls unter Mitwirkung anderer öffentlicher Stellen, z.B. des Landes Niedersachsen erfolgen.

Das Projekt muss daher vom Bundesamt und gegebenenfalls anderen öffentlichen Stellen (der Länder) durchgeführt werden.

2.2.4.4. Voraussichtliche quantifizierte Ergebnisse und zu verwendende Indikatoren

Output-Indikatoren

- Anzahl der in Deutschland aufgenommenen und tatsächlich eingereisten Personen
- Anzahl der Fact-Finding–Missions
- Anzahl der Vorauswahlvorschläge
- Anzahl der geführten Auswahlinterviews
- Anzahl der betreuten Personen
- Anzahl der medizinischen Untersuchungen vor der Ausreise
- Anzahl der Urkundenüberprüfungen, Identitätsklärungen und Sicherheitsüberprüfungen

Outcome-Indikatoren

- Gestaltung von Kommunikations- und Informationssystemen zwischen den Beteiligten
- Entwicklung eines optimalen Ablaufplanes zur Neuansiedlung
- Gestaltung von Lerninhalten der Cultural-Orientations-Kurse und Lehrmaterialien
- Entwicklung eines Auswahlsystems
- Entwicklung eines reibungslosen Neuansiedlungsprogramms

2.2.4.5. Sichtbarkeit der Förderung durch die EU

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.4.6. Gegebenenfalls Ergänzenbarkeit mit ähnlichen Maßnahmen, die durch andere Instrumente der EU finanziert werden

Siehe Einleitung von Teil 3.

2.2.4.7. Finanzielle Informationen

Für das Jahr 2013 vorgesehene Mittel für diese Maßnahme	
Gesamtkosten:	636.967,00-- Euro
davon EU-Beteiligung:	477.725,25-- Euro
Zuwendung aus nationalen öffentlichen Mitteln:	159.241,75-- Euro
Zuwendung aus privaten Mitteln:	

3. Technische Hilfe

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird zur Durchführung der Entscheidung 2007/573/EG seine Zuständigkeit gem. Artikel 26 ff. nicht auf eine andere öffentliche Verwaltungsstelle oder Nichtregierungsorganisation übertragen.

3.1 Zweck der technischen Hilfe

Zum Zwecke der Durchführung der Entscheidung 2007/573/EG wird die administrative/technische Unterstützung für folgende Arbeitsschritte eingesetzt:

- Öffentliche Ausschreibung
- Antragsbearbeitung
- Auswahl der Projekte und Gewährleistung der Transparenz des Verfahrens

- Verwaltung, Begleitung, Überwachung, Rechnungsprüfung und Bewertung der Projekte

Die Evaluation der Projekte wird im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung vergeben. Die Höhe der Kosten dieser Maßnahme folgt den Grundsätzen der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung.

Qualitätsmanagement und Nachhaltigkeitsprüfung

Die potentiellen Projektträger werden von Beginn der Projektdurchführung an begleitet und in verschiedenen Veranstaltungen der EU-Zuständigen Behörde zum Erfahrungsaustausch geladen sowie zu Best-Practice-Beispielen informiert. Darüber hinaus findet eine Vielzahl von individuellen Beratungsgesprächen statt.

3.2 Sichtbarkeit der Förderung durch die Europäische Union

Die Antragsunterlagen sowie alle sonstigen Veröffentlichungen enthalten jeweils - entsprechend dem von der Kommission übermittelten Musterentwurf - die deutliche Sichtbarmachung der Förderung durch den EFF.

4. Sonstige Maßnahmen (Resettlement) 2013 gem. Artikel 13, Ziffer 3 der Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

Die Bundesrepublik Deutschland hat beschlossen, ab dem Jahr 2012 bis zum Jahre 2014 jährlich 300 schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen und neu anzusiedeln. Der Festbetrag für jede neu angesiedelte Person nach Artikel 13, Ziffer 3 der Entscheidung Nr. 573/2007/EG wurde im April 2012 beantragt.

Please confirm here the information provided in the pledging form, namely the number of persons to be resettled and the categories + also give information on the status which these persons will obtain once resettled in Germany + indicate that these persons will be resettled in the calendar year 2013

Die voraussichtliche Anzahl der im Zusammenhang mit Artikel 13 III der Entscheidung Nr. 573/2007/EG neu anzusiedelnden Personen in 2013 liegt bei 300, davon:

- 200 Personen aus einem Land oder einer Region, das/die für die Teilnahme an einem regionalen Schutzprogramm (z. B. Tunesien) benannt wurden.

Unbegleitete Minderjährige:

ca. 30

- Kinder und Frauen, denen insbesondere psychische, physische oder sexuelle Gewalt oder Ausbeutung droht: : ca. 150
- Personen, die umfangreiche medizinische Betreuung benötigen, die nur durch eine Neuansiedlung gewährleistet werden kann: ca. 15
- Personen, die sich in einer Notsituation befinden und besonders schutzbedürftig sind: ca. 20

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist zuständig für die Entscheidungen zur Aufnahme der Flüchtlinge.

Für die Auswahl der Flüchtlinge gelten folgende Maßgaben:

- Angehörigen von verfolgten Minderheiten, insbesondere religiösen Minderheiten (hierbei werden vorrangig Personen ausgewählt, die den Kriterien des Art. 13 Absatz 3 Buchstaben b) bis d) der Entscheidung 573/2007/EG zuzuordnen sind, das sind unbegleitete Minderjährige, Kinder und Frauen, denen insbesondere psychische, physische oder sexuelle Gewalt oder Ausbeutung droht)
 - Personen, die besonderer medizinischer Hilfe bedürfen (einschließlich traumatisierter Personen sowie Opfer von Folter) - die nur durch eine Neuansiedlung gewährleistet werden kann
 - Alleinstehenden Frauen mit familiären Unterhalts- bzw. Betreuungspflichten (vorwiegend solche, denen insbesondere psychische, physische oder sexuelle Gewalt oder Ausbeutung droht)

Im Zusammenhang mit Artikel 13 III der Entscheidung 2007/573/EG kommen nur Personen in Betracht, die unter eine der Kategorien von b) bis d) fallen.

Als weitere Auswahlkriterien werden berücksichtigt:

- Integrationsfähigkeit (Indikatoren: Grad der Schul- und Berufsausbildung; Berufserfahrung; Sprachkenntnisse)
- Wahrung der Einheit der Familie

- Familiäre Bindungen nach Deutschland, sonstige besonders integrationsförderliche Bindungen nach Deutschland
- Grad der Schutzbedürftigkeit

Die Mitarbeiter des Bundesamtes nehmen dabei die notwendigen verwaltungstechnischen Maßnahmen vor und fertigen die zu erteilenden Aufnahmezusagen. Die Mitarbeiter der Bundespolizei nehmen die Sicherheitsüberprüfung vor. Die Identitätsfeststellung erfolgt an Hand von in Ausweispapieren enthaltenen Lichtbildern. Passlosen Flüchtlingen werden durch die Auslandsvertretungen gebührenfrei Reiseausweise ausgestellt. Für die Gesundheitsprüfung wird die Hilfe von IOM in Anspruch genommen. Die Gesundheitsprüfung erfolgt nach erfolgreicher Durchführung des Interviews.

Die Interviews dienen der Feststellung, dass die Aufnahmekandidaten die Voraussetzungen für die Aufnahme im Rahmen des Resettlementverfahrens erfüllen.

5. ENTWURF FINANZPLAN

Jahresprogramm - Entwurf Finanzplan

Tabelle 1 - Übersichtsplan

Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland Bezogen auf das Jahresprogramm: 2013 Fonds: (Europäischer Flüchtlingsfonds)								
	bezogen auf Priori- tät	Bezogen auf spezifi- sche Priori- tät	EU-Beitrag (a)	Zuwendung aus öffentlichen Mit- teln (b)	Zuwendung aus privaten Mitteln (c)	Gesamt a+b+c=d	% EFF- Mittel (e=a/d)	Anteil an Ge- samt (d/gesamt)
Maßnahme 1	1	-	3.800.000,00	2.533.333,33	1.266.666,67	7.600.000,00	50,00%	33,58%
Maßnahme2	1	1	5.161.330,56	1.146.962,35	573.481,17	6.881.774,08	75,00%	30,41%
Maßnahme 3	1	-	900.561,64	600.374,43	300.187,21	1.801.123,28	50,00%	7,96%
Maßnahme 4	1	1	900.000,00	200.000,00	100.000,00	1.200.000,00	75,00%	5,30 %
Maßnahme 5	1	-	659.999,96	500.000,00	159.999,96	1.319.999,92	50,00%	5,83 %
Maßnahme 6	2	-	480.274,75	320.183,16	160.091,59	960.549,50	50,00%	4,24 %
Maßnahme 7	2	-	60.000,00	60.000,00	0,00	120.000,00	50,00 %	0,53 %
Maßnahme 8	2	-	30.000,00	30.000,00	0,00	60.000,00	50,00 %	0,27 %
Maßnahme 9	3	3.1	477.725,25	159.241,75	0,00	636.967,00	75 %	2,81%
Sonstige Maß- nahme (1)			1.500.000,00			1.500.000,00	100 %	6,63%
TA			550.828,84			550.828,84	100 %	2,43 %
Gesamt			14.520.721,00	5.550.095,02	2.560.426,60	22.631.242,62	64,10 %	100,00 %

(1) Neuansiedlung nach Artikel 13, Ziffer 3 der Entscheidung Nr. 573/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

EU-Zuständige Behörde

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

Bartels